
FRAKTIONSBECHLUS VOM 8.1.2016

» WEIMARER ERKLÄRUNG ZUM KLIMASCHUTZ



Die Klimakrise ist die größte ökologische Herausforderung unseres Jahrhunderts. Sie verursacht immer mehr Wetterkatastrophen, trocknet Böden aus, verknappt Wasser, tötet tausende Tier- und Pflanzenarten und zerstört unsere Lebensgrundlagen und unsere Gesundheit. Sie verschärft Kriege, befeuert die globale Ungerechtigkeit und zwingt Millionen Menschen, ihre Heimat zu verlassen.

Die Weltgemeinschaft hat mit dem Klimaabkommen von Paris eine wichtige Etappe für den Klimaschutz erreicht. Die Botschaft an die Welt ist eindeutig: Raus aus den Fossilen, rein in die Erneuerbaren. Der Ausbau der Atomkraft mit ihrem Risiko, ihren Folgeproblemen und ihren immensen Kosten ist dazu keine Alternative. Der neue Weltklimavertrag setzt gute Ziele. Er bringt die Hoffnung auf eine klimaneutrale Wirtschaft zurück in die Köpfe und Herzen der Menschen, auf eine saubere Wirtschaft und Industrie, die unsere Lebensgrundlagen erhält. Der Vertrag selbst aber überwindet die Klimakrise noch lange nicht. Er muss nun von den nationalen Regierungen umgesetzt werden. Die Arbeit fängt jetzt erst an!

Das gilt auch und besonders für Deutschland. Als viertgrößtes Industrieland der Welt haben wir eine herausragende Verantwortung für den Klimaschutz. In unserem Land sind die Voraussetzungen für eine positive Rolle im Klimaschutz besonders gut. Deutschland ist wirtschaftlich stark und technologisch hoch entwickelt. In vielen klimapolitisch relevanten Bereichen haben grüne Politik und innovativer Unternehmergeist für rasante Entwicklungen gesorgt. Sie geben uns die Mittel zu einer ökologischen Modernisierung der Gesellschaft und einer Wirtschaftsweise ohne schädliche Klimagase an die Hand. Die grüne Energiewende in Deutschland, jahrelang angetrieben durch grüne Politik in Bund und Ländern, hat erneuerbare Energien global marktreif, effizient und günstig gemacht. Auch in vielen anderen Umwelttechnologien sind wir führend und verfügen über die technischen Mittel, die Kreativität und den sozialen Innovationsgeist den Herausforderungen der Zukunft zu begegnen. Weltweit steigen nun jedoch immer mehr Staaten auf Erneuerbare um und stellen mit ihrer Dynamik Deutschland in den Schatten.

Als erstes führendes Industrieland hat Deutschland den Atomausstieg beschlossen und kann damit Beispiel gebend sein für eine vollständige Energiewende. Leider fehlt der derzeitigen Bundesregierung der politische Wille zu mehr Klimaschutz in Deutschland. Die große Koalition stellt sich auf der Weltbühne gern als Vorreiter für Klimaschutz dar, so auch auf der Pariser Konferenz. Doch das ist sie nicht! Sie redet grün und handelt schwarz. Unter Schwarz-Rot ist der Pro-Kopf Ausstoß an CO₂ in Deutschland trotz des jahrelangen Booms erneuerbarer Energien kaum gesunken. Denn Union und SPD schützen nicht das Klima, sondern die Interessen der Autoindustrie, der Energiekonzerne und der Agrarfabriken.

Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel bremst den Ausbau der erneuerbaren Energien, versagt bei der Energieeffizienzpolitik und wirft der Braunkohle 1,6 Milliarden Euro neue Subventionen hinterher. Er fördert weiterhin den Export von Kohlekraftwerkstechnologie. Mit Gabriel gibt es keine Kohleabgabe, keine CO₂ Grenzwerte für Kohle- und Gaskraftwerke, kein nationales Klimaschutzgesetz. Statt auf wirtschaftliche Innovationen für den Standort Deutschland setzt der Wirtschaftsminister auf Rezepte von gestern.

Der Verkehr stößt weiterhin ungebremst CO₂ aus, Verkehrsminister Alexander Dobrindt tut rein gar nichts dagegen. Im größten Skandal der deutschen Automobilgeschichte ist er einfach abgetaucht. Dabei ist die Dieselgate-Affäre weit mehr als ein VW-Skandal. Sie zeigt, wie weit die Kumpanei zwischen Autoindustrie und schwarz-roter Regierung geht. Gegen bessere CO₂-Grenzwerte für PKW kämpft Angela

Merkel höchstpersönlich in Brüssel. Den Ausstieg aus den Verbrennungsmotoren und den Einstieg in die E-Mobilität verschläft die Bundesregierung. Damit lähmt sie den Aufbruch der Automobilwirtschaft und gefährdet auch hier die Innovationsfähigkeit des Standortes Deutschland. Eine Energiewende im Verkehr? Fehlanzeige.

Trotz aller Fortschritte in den grün-mitregierten Ländern: Bundesweit findet auch die Wende zu einer grünen Landwirtschaft nicht statt. Schwarz-Rot setzt auf Agrarfabriken und Billigfleisch für den Weltmarkt. In Deutschland ist auch die Landwirtschaft ein großer Verursacher von Treibhausgasen und trägt im hohen Maß zur Klimakrise bei. Sie führt neben dem Wahnsinn der Massentierhaltung und dem Antibiotika-Missbrauch dazu, dass unsere Böden überdüngt sind und unser Wasser viele giftige Rückstände enthält.

Der Gebäudebereich ist für rund 40 Prozent des Endenergieverbrauchs und ein Drittel der Treibhausgasemissionen in Deutschland verantwortlich. Doch bisher geschieht hier außer Ankündigungen nicht viel. Die Energiewende darf nicht an der Tatenlosigkeit im Wärmesektor scheitern.

Klimaschutz ist auch Wirtschaftspolitik. Die Staaten der Welt haben auf der Klimakonferenz im Dezember in Paris die Richtung vorgegeben. Dafür brauchen die Unternehmen jetzt Planungssicherheit. Doch bislang hat Bundesumweltministerin Hendricks sonntags den Kohleausstieg und den Abbau der schädlichen Dieselsubventionen verkündet, während montags Sigmar Gabriel und Alexander Dobrindt das exakte Gegenteil in konkrete Politik umgesetzt haben. Das schafft Planungsunsicherheit und Investitionszurückhaltung bei den Unternehmen.

In der Energiewirtschaft sind die Folgen dieser Politik heute bereits an allen Orten zu beobachten: Die alten Energiekonzerne schreiben rote Zahlen, weil sie zu lange auf das falsche Geschäftsmodell gesetzt haben. Den Solarunternehmen geht die Puste aus, weil eben nicht klar ist: Will die Bundesregierung Klimaschutz und 100 Prozent Erneuerbare oder soll die Kohlewirtschaft erhalten bleiben?

Ähnliches deutet sich in der Automobilwirtschaft an: Notwendige Zukunftsinnovationen und Investitionen unterbleiben, weil die Branche nicht weiß, ob die Bundesregierung nun voll auf Klimaschutz setzt und Elektromobilität fördert. Oder bleibt es bei E-Mobilitäts-Politshow ohne Maßnahmen? So wird in Sachen des umwelt- und gesundheitsschädlichen Diesels nichts entschieden. Vielmehr entsteht der Eindruck, dass Dieselautos auch noch in 30 Jahren zig millionenfach über deutsche Straßen tuckern könnten. Vor allem die Städte und Ballungsräume werden mit den Schadstoffbelastungen allein gelassen und die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger weiter auf Jahre hinaus geschädigt.

Mit dieser Verunsicherung von Wirtschaft und Gesellschaft, die absehbar auch negative Folgen für Arbeitsplätze und Wertschöpfung in Deutschland haben wird, muss Schluss sein. Es braucht jetzt ein klares Signal, dass Investitionen in schmutzige und klimaschädliche Technologien keine Zukunft mehr haben. Dass es auch anders geht, erleben wir in den grün mitregierten Ländern, beispielsweise mit den Impulsen für eine nachhaltige Mobilität in Baden-Württemberg oder für eine tiergerechte Viehhaltung in Niedersachsen. Grüne Wirtschaftspolitik zielt auf eine ökologische Modernisierung, in deren Mittelpunkt Wohlstand und Lebensqualität stehen statt einer blinden Orientierung am BIP-Wachstum.

Deutschland hat sich selbst ein Klimaziel gesetzt: 40 Prozent weniger Treibhausgase bis 2020. Bislang haben wir davon nur 27 Prozent erreicht. Die große Koalition müsste ihre Aktivitäten verdreifachen. Stattdessen ist absehbar, dass Deutschland die Klimaziele krachend verfehlen wird. Der Klimaschutz muss deshalb rechtlich verbindlich festgelegt werden. Deutschland braucht eine CO₂-Bremse im Grundgesetz, damit Klimaschutz endlich – wie beim Tierschutz bereits geschehen – als Verfassungsziel veran-

kert wird. Das hilft unabhängig von Legislaturperioden, dass die Paris-Klimaziele national umgesetzt werden.

Die Umsetzung des Verfassungsziels Klimaschutz muss ein ambitioniertes Klimaschutzgesetz regeln, das bis 2050 jährliche Zielvorgaben für die Sektoren Stromerzeugung, Verkehr, Gebäude, Industrie und Landwirtschaft festlegt und mit konkreten Klimaschutzmaßnahmen versieht. Ein verbindliches Klimaschutzgesetz schafft Orientierung und Planungssicherheit für Investitions- und Produktentscheidungen und erhält so auch unsere industrielle Wertschöpfung. Das Klimaschutzgesetz sorgt dafür, dass die notwendigen Strukturentscheidungen nicht mehr länger vertagt werden:

1. **Kohleausstieg in den nächsten 15 bis 20 Jahren** und der konsequente **Übergang in die Erneuerbare Stromversorgung**
2. **Weg vom Öl** im Straßenverkehr in den nächsten zwei Jahrzehnten und der **Einstieg in eine grüne Mobilität** mit Elektromobilen, Power-to-Gas, einer Verdoppelung von Bus und Bahn-Angeboten und der Vernetzung aller Verkehrsmittel.
3. Ein **klimaneutraler Gebäudebestand in den nächsten 25 Jahren** durch Faire Wärme mit erneuerbaren Energien und Energieeffizienz
4. **Ausstieg aus der industriellen Massentierhaltung** und **Einstieg in eine grüne Landwirtschaft**, die an Flächen und Umwelt angepasst wirtschaftet.

Um den notwendigen Wandel zu befördern, brauchen wir zudem ein **Sofortprogramm zum Klimaschutz** in den wichtigsten Bereichen Energie/ Strom, Industrie, Wärme, Verkehr und Landwirtschaft, begleitet von einer gestärkten Energie- und Klimaforschung:

ENERGIEWENDE VORANBRINGEN, KOHLEAUSSTIEG JETZT!

Aus dem Beschluss von Paris leitet sich klar ab: Die Dekarbonisierung der Energiewirtschaft kommt. Damit ist der Kohleausstieg keine Frage des „Ob“, sondern nur noch des „Wie“ und „Wie schnell“. Die Bundesregierung verweigert sich dieser Frage stur, obwohl eine überwältigende Mehrheit der Bevölkerung hier eine klare Meinung hat – für Klimaschutz und gegen Kohlekraft. Wolkige Langfristziele nützen nichts, der Kohleausstieg muss jetzt beginnen. Der CO₂-Preis alleine wird es dabei nicht regeln können, deshalb sind dazu neue und zusätzliche Maßnahmen erforderlich. Ein aktiver Kohleausstieg ist auch energiewirtschaftlich geboten, weil effiziente und flexible Gaskraftwerke durch Kohlestrom vom Markt gedrängt werden. Überkapazitäten im konventionellen Kraftwerkspark erweisen sich mehr und mehr als Belastung für den Strommarkt.

Wir wollen das international anerkannte, aber von der Bundesregierung ignorierte Instrument der CO₂-Grenzwerte nutzen. Mit einem maximalen Emissionsbudget pro Kraftwerksblock wird eine wirksame Grenze gesetzt und das 40-Prozent-Klimaziel kann bis 2020 noch erreicht werden. Länder wie die USA oder Großbritannien sind diesen Weg bereits gegangen.

Gleichzeitig muss der Deckel für die erneuerbaren Energien verschwinden, denn er würgt die Energiewende ab. Wir brauchen weiterhin einen dynamischen und ambitionierten Ausbau, an dem die Bürgerinnen und Bürger teilhaben können. Für Windenergie an Land und Photovoltaik heißt das: Einspeisevergütung erhalten und Hindernisse für die Bürgerenergie abbauen. Nur wenn wir beides angehen, den Kohleausstieg einleiten und die Erneuerbaren wieder auf die Überholspur bringen, nimmt die Energiewende erneut an Fahrt auf.

EMISSIONSHANDEL IN GANG BRINGEN, ANREIZE FÜR DIE INDUSTRIE!

Bislang erhält die energieintensive Industrie ihre CO₂-Verschmutzungsrechte weitgehend kostenlos zugeteilt und profitieren von umfangreichen Ausnahmen bei den Energiesteuern. Ihr hoher Stromverbrauch wird über eine Strompreiskompensation in Höhe von mehreren hundert Millionen Euro jährlich subventioniert. Hinzu kommen die zahlreichen Subventionen in Milliardenhöhe bei der Besonderen Ausgleichsregelung im Erneuerbare-Energien-Getz (EEG), bei den Netzentgelten und vieles mehr. Doch die Industrie braucht Anreize, um in klimafreundliche Technologien zu investieren und um im Wettbewerb auf den Märkten von Morgen zu bestehen.

Statt weiterhin hohen Energieverbrauch zu begünstigen, wollen wir Investitionen in den Klimaschutz belohnen. Wir wollen dafür den europäischen Emissionshandel reformieren, indem wir zwei Milliarden überschüssige Zertifikate löschen. Bis zur Einführung eines europäischen Mindestpreises für CO₂ soll Deutschland vorangehen und national einen Mindestpreis einführen. Ausnahmen bei der Energiesteuer, der Besonderen Ausgleichsregelung und den Netzentgelten wollen wir auf die wenigen Branchen beschränken, denen tatsächlich Nachteile im internationalen Wettbewerb entstehen.

AUFBRUCH IN DEN KLIMANEUTRALEN VERKEHR!

Die Verkehrspolitik braucht einen Aufbruch. Die CO₂-Emissionen aus diesem Bereich sind heute nicht niedriger als vor zehn Jahren. Die Bundesregierung muss jetzt den Ausstieg aus den fossilen Energien einleiten. Wir Grüne im Bundestag wollen weg vom Öl im Straßenverkehr in den nächsten 20 Jahren. Wir wollen Städte, die Fahrradfahrern und Fußgängern ausreichend Raum geben und die frei sind von giftigen Abgasen.

Die Zukunft fährt elektrisch mit erneuerbarem Strom und intelligent vernetzt. Wir wollen mit einer Investitionsoffensive „Grüne Mobilität“ den Bahnverkehr stärken und neben dem Deutschlandtakt im Schienenverkehr alle Verkehrsangebote nahtlos und nutzerfreundlich miteinander verknüpfen. Wir wollen die Elektromobilität auf der Straße auf den Weg bringen. Mit einer Kaufprämie für die Anschaffung von E-Mobilen einschließlich besonderer Anreize für Busse, Nutzfahrzeuge sowie Taxis und andere Fahrzeugflotten im innerstädtischen Bereich sowie der erforderlichen Infrastruktur erreichen wir den Umstieg.

FAIRE WÄRME OHNE KLIMAGASE!

Die preisgünstigste und klimafreundlichste Energie ist die, die gar nicht erst erzeugt werden muss. Im Gebäudebestand existieren große Energieeinsparpotentiale, sei es durch die Dämmung der Gebäudehülle und den Austausch von Heizungen. Doch der Bundesregierung ist es bisher nicht gelungen, die Sanierungsraten zu erhöhen, den Energieverbrauch nennenswert zu reduzieren oder den Anteil der erneuerbaren Energien bei der Wärme zu steigern. Damit vernachlässigt sie ein ganz zentrales Mittel für den Klimaschutz. Mit einem runderneuterten Erneuerbare-Energien-Wärme-Gesetz (EEWärmeG) nach dem Vorbild Baden-Württembergs werden wir auch für bestehende Gebäude eine Pflicht zur Nutzung erneuerbarer Wärme einführen. Mit unserem Paket „Faire Wärme“ flankieren wir die neuen Auflagen mit Förderprogrammen und sorgen dadurch auch für den nötigen sozialen Ausgleich. Mit dem Fokus auf Sanierungsfahrpläne und Zuschüsse für ganze Stadtviertel wollen wir wirksam gegen Verdrängung vorgehen. Wir fördern 10.000 Wärmespeicher in den Kommunen und bessere Beratung für die Menschen. Die soziale Dimension der Klimafolgen vor Ort und international muss noch stärker in den Forschungsfokus gerückt werden.

AGRARWENDE HIN ZU EINER GRÜNEND LANDWIRTSCHAFT!

Die Landwirtschaft ist bei der Klimakrise Opfer und Täter zugleich. Rund ein Drittel aller klimaschädlichen Gase gehen weltweit auf ihr Konto. Insbesondere die industrielle Massentierhaltung ist Gift für unser Klima. Sie treibt den Fleischkonsum nach oben und sie deckt ihre Nachfrage nach Eiweißfuttermitteln aus nicht nachhaltigen Quellen wie Gen-Soja. Für den Futtermittelanbau auch für deutsche Viehtröge werden Regenwälder gerodet und Moore trockengelegt. Gleichzeitig leiden Bäuerinnen und Bauern weltweit unter den Folgen der Klimakrise, wie Dürren, Starkregen und Stürmen. Deshalb wollen wir die Bauern und Bäuerinnen zu Partnern des Klimaschutzes machen. Wir brauchen eine standortangepasste, ökologisch nachhaltige Landwirtschaft, die mehr Klimagase bindet als freisetzt. Das erfordert eine andere Förderpolitik und einen konsequenten Schutz des Bodens, unserer Lebensgrundlage. Das Potential eines humusreichen Bodens als natürliche CO₂-Senke muss systematisch erschlossen werden. Klimaschonende Landwirtschaft setzt auch auf den Verzicht von industrieller und exportorientierter Massentierhaltung und auf die Reduktion von Pestiziden und Chemiedünger. Daher wollen wir eine Flächenbindung der Tierhaltung, den Ökolandbau deutlich stärker fördern und Agrar-Subventionen nur noch zweckgebunden für Gemeinwohleleistungen der Landwirtschaft nach nachhaltigen, insbesondere ökologischen und klimafreundlichen, sowie Tierwohl-, Kriterien vergeben.

WELTWEIT GELD RAUS AUS DER KOHLE, REIN IN DEN KLIMASCHUTZ!

Deutschland muss endlich vollständig aus der internationalen Kohlefinanzierung aussteigen. Deutsche Kohlekraftwerke dürfen keinen Platz mehr in Deutschlands Exportbilanz haben.

Stattdessen muss die Bundesregierung jetzt massiv in den internationalen Klimaschutz investieren und einen Plan vorlegen, wie die finanziellen Zusagen sowohl für die internationale Entwicklungszusammenarbeit als auch den internationalen Klimaschutz erfüllt werden sollen. Das gelingt nur, wenn die große Koalition kohärent vorgeht. Sie muss die Klimakrise als Fluchtursache anerkennen und den Paris-Vertrag mit der SDG-Nachhaltigkeitsagenda zusammen denken.

Die bisher von der Bundesregierung praktizierte doppelte Anrechnung von Klima- und Entwicklungsgeldern muss beendet werden. Es braucht dringend einen transparenten Aufwuchsplan für die Haushaltsmittel in diesen Bereichen, der sich an der Verantwortung Deutschlands für die Klimakrise orientiert und der 7,0 – 9,0 Milliarden Euro an öffentlichen Mitteln zusätzlich für den internationalen Klimaschutz zur Verfügung stellt.

Die Finanzmärkte sind zentral für die ökologische Modernisierung der Wirtschaft. Noch fließt zu viel Geld in fossile Industrien. Wir brauchen eine systematische Begründung des gesamten Finanzsystems. Ökologisch und ökonomisch führt an einem Divestment aus fossilen Energien kein Weg vorbei. Zunächst muss volle Transparenz über die Klimawirkung von Investitionen hergestellt werden, damit Anleger wissen, wohin ihr Geld fließt und wie stark Unternehmen klimaschädliche Gase emittieren. Für die staatlich geförderte Altersvorsorge in Deutschland wollen wir verbindliche Mindestkriterien festlegen – der Staat darf nicht Investitionen fördern, die seine eigenen klimapolitischen Ziele konterkarieren. Zudem wollen wir erreichen, dass sich Banken im öffentlichen Eigentum wie Sparkassen und Landesbanken am Divestment beteiligen.

DEUTSCHLAND KANN VIEL MEHR ALS SCHWARZ-ROT.

Wenn die Bundesregierung das Pariser Abkommen ernst nimmt, muss sie ihre nationale Politik um 180 Grad wenden. Und sie darf die Wende hin zu einer klimaneutralen Gesellschaft nicht auf die lange Bank schieben, sondern muss jetzt handeln. Wir brauchen eine Bundesregierung mit Mut, Herz und

Weitblick. Die Technologie ist da, die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger und der Unternehmen unseres Landes sind bereit dazu.